

# Die Verdrossenheit wächst: Japans politisches System in der Legitimitätskrise?

Carmen Schmidt\*

## Abstract

Since the end of the 1980s, there has been a rapid and widely noted increase in political apathy in the Japanese electorate. Using public opinion polls on the Japanese public's attitudes toward key institutions and political leadership, we examine whether Japan has entered a genuine 'crisis of authority' that challenges the political system. We furthermore analyze the correlation between personal satisfaction and confidence in politics. The polls demonstrate a noticeable loss of public faith in Japan's political leaders and institutions. This appears to have resulted from a combination of political scandals, the failure of political reform, and opposition parties' inability to organize the growing number of disaffected voters, especially those who might actually be inclined to support the opposition. This confidence gap today finds its expression merely in an increasing number of non-voters and unaffiliated voters, but in the long run could threaten the stability and legitimacy of Japan's political system.

## 1 Einleitung

Zahlreiche politische Skandale und anhaltende Veränderungen im japanischen Parteiensystem haben insbesondere seit dem Ende der 1980er Jahre zu einer weitreichenden Politikverdrossenheit in der japanischen Bevölkerung geführt, die sich in sinkenden Wahlbeteiligungsraten und einem deutlichen Anstieg der Zahl der Nichtunterstützer politischer Parteien manifestiert. Im Folgenden wird die Legitimitätsüberzeugung der japanischen Bevölkerung hinterfragt, um zu klären, inwieweit sich neben der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit den Leistungen der politischen Parteien tief greifende Legitimationsdefizite feststellen lassen, die den Bestand und die Stabilität der politischen Herrschaftsordnung gefährden könnten.

Nach theoretischen Ausführungen zum Zusammenhang zwischen der Akzeptanz politischer Systeme und der Stabilität demokratischer Herrschaftsordnungen soll zunächst das Frustrationspotential in der Bevölkerung bestimmt werden anhand der allgemeinen Zufriedenheit mit den staatlichen Politikmaßnahmen. Anschließend werden die Tendenzen und Entwicklungen der Wahlbeteiligungsraten und der Identifikation mit politischen Parteien dargestellt und interpretiert. Danach steht die Akzeptanz des politischen Systems und der Herrschaftsträger im Mittelpunkt der Untersuchung, wobei sich die Analyse hierbei auf das politisch-administrative System und die hierin verankerten Rollen beschränkt. Untersucht werden nur die diffusen bzw. diffus-spezifischen Formen der Unterstützung, die Aufschluss geben über mittel- und längerfristige Tendenzen der Legitimitäts-

überzeugung innerhalb der Bevölkerung. Abschließend wird der Zusammenhang zwischen subjektiver Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit der Politik einer kritischen Analyse unterzogen.

## 2 Legitimitätsüberzeugung als Aspekt der Stabilität demokratischer Herrschaftsordnungen

Legitimitätsüberzeugung, d.h. die Anerkennung des politischen Systems und der jeweiligen Führungsschicht durch die Bevölkerung, gehört zu den Grundvoraussetzungen für das Funktionieren und den Bestand einer demokratischen Herrschaftsordnung, da diese normativ und institutionell an die freiwillige Zustimmung der Beherrschten gebunden ist. Insofern besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Akzeptanz und Stabilität der Herrschaft (Lipset 1962: 64; Almond/Powell 1966, Powell 1982).<sup>1</sup> Ein Mangel an Legitimität kann eine Legitimitätskrise unterschiedlicher Ausprägung bewirken, die von Protestverhalten bei Wahlen bis hin zu einer existenzbedrohenden Infragestellung des politischen Systems reichen kann. Vor allem in den 1970er Jahren wurde die These vertreten, dass die Nichterfüllung der materiellen Erwartungen der Bürger an den Staat infolge der Krise des Wohlfahrts- und Sozialstaates Legitimationsdefizite bewirke, die zu einer schweren Legitimationskrise in kapitalistischen Staaten führen können (Habermas 1973).

<sup>1</sup>Zum Zusammenhang zwischen Legitimitätsglauben und Stabilität von Herrschaftsformen vgl. auch Weber 1972 [1922], insbes. die Ausführungen in „Die Typen der Herrschaft“ (122-176) und „Die charismatische Herrschaft und ihre Umbildung“ (654-687).

Tabelle 1: Hierarchie der Unterstützungskategorien und Objekte politischer Unterstützung

| Unterstützung                                  | Objekte politischer Unterstützung  | Operationalisierung   | Konzeptionalisierung  |
|--|--|---|---|
| diffus<br>(langfristig)                        | <i>Politische Gemeinschaft</i>   | ) Staatsbürgerrolle   | Vertrauen und Zufriedenheit (als Folge oder Ausdruck des Legitimitätsglaubens) im Allgemeinen |
| diffus-spezifisch<br>(lang- bis mittelfristig) | <i>Politische Ordnung</i><br>– Werte<br>– Normen (Verfahren und Verhaltensregeln)<br>– politische Struktur (Institutionen) | ) Freiheit, Gleichheit<br>) Normen der Konfliktaustragung, Grundrechte, Mehrheitsentscheidungen<br>) Parlament, Justiz, politische Rollen | Vertrauen und Zufriedenheit/ ideologisch geprägte Output-Bewertung                            |
| spezifisch<br>(kurzfristig)                    | <i>Politische Herrschaftsträger</i>  | ) Politiker als Personen,<br>) Parteien<br>) Inhaber einzelner politischer Rollen<br>) Regierung  | Zufriedenheit mit bestimmten politischen Maßnahmen  |

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Empirisch messbar ist die Legitimitätsüberzeugung der Bevölkerung durch Umfragen zum Grad der Unterstützung (*political support*) der existierenden politischen Gemeinschaft (*political community*), der politischen Ordnung und ihrer Spielregeln (*regime*) sowie zu den Trägern der politischen Herrschaft (*authorities*). Hierbei kann unterschieden werden zwischen (1) spezifischer, outputbezogener Unterstützung, die sich an den Leistungen der politischen Herrschaftsträger orientiert und kurzfristig variieren kann, sowie (2) diffuser Unterstützung, die sich outputunabhängig äußert und Aussagen zulässt über die längerfristigen Entwicklungstendenzen des Systems (Easton 1965). Westle (1989: 188-189) zufolge kann sich Unterstützung zudem diffus-spezifisch äußern, wobei die Bewertung ideologisch-outputbezogen erfolgt und daher als mittelfristige Form der Legitimitätsüberzeugung verstanden werden kann. Die diffuse Unterstützung ist den abstrakten Stufen des als hierarchisch gedachten Modells vorbehalten, für die Änderungen in kurzfristiger Perspektive am unwahrscheinlichsten sind (Westle 1989: 185).

In Anlehnung an die genannten Autoren kann die in Tabelle 1 dargestellte Zuordnung von Unterstützungskategorien und den Objekten politischer Unterstützung sowie der empirischen Umsetzung der Formen von Unterstützung erstellt werden. Demgemäß kann unterschieden werden zwischen (1) diffuser bzw. langfristiger Unterstützung, die sich auf die politische Gemeinschaft als Objekt der Unterstützung bezieht und sich manifestiert im Vertrauen und der Zufriedenheit als Folge oder Ausdruck des Legitimitätsglaubens im Allgemeinen; (2) der lang- bis mittelfristigen Unterstützung, die sich zumeist ideologisch-outputbezogen äußert und sich auf die politische Ordnung bezieht, und (3) der spezifischen Unterstützung, die sich an der Zufriedenheit mit konkreten politischen Maßnahmen ablesen lässt und sich unmittelbar auf die politischen Herrschaftsträger bezieht.

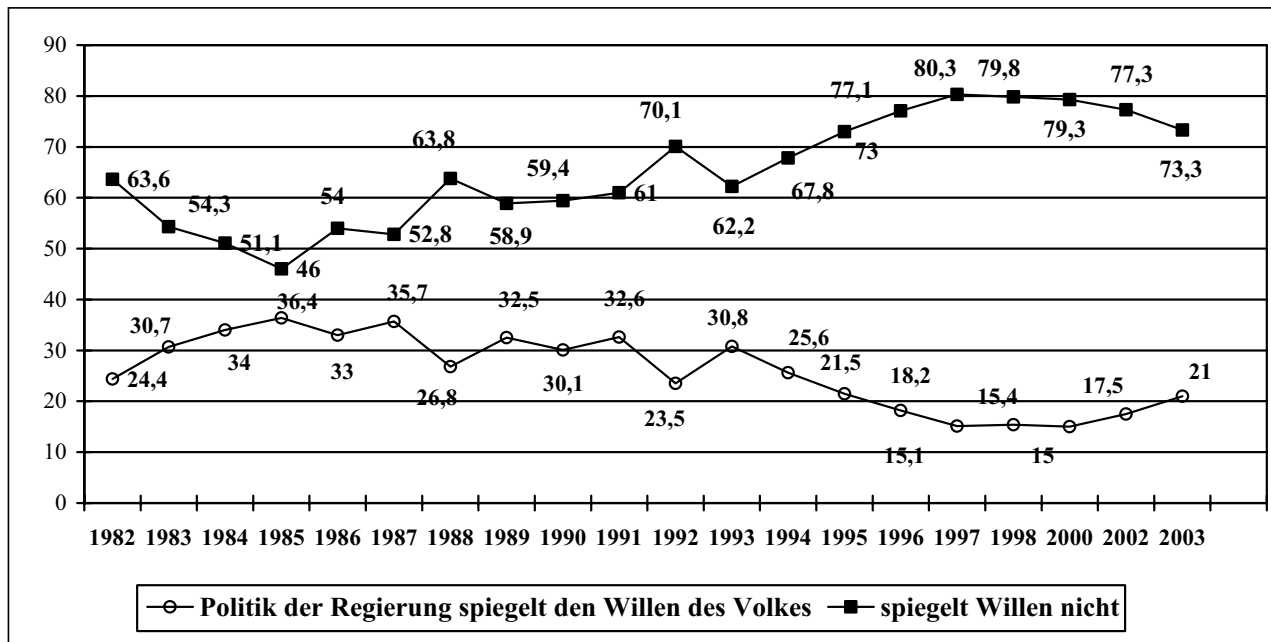
### 3 Die Unzufriedenheit mit Politikmaßnahmen der Regierung als Indikator des Frustrationspotentials der Bevölkerung

Habermas (1973: 104) zufolge entstehen Legitimitätskrisen, wenn die durch Werbung oder politische Versprechungen geweckten Erwartungen der Bürger gegenüber dem Staat infolge einer Wachstumskrise sowie der Krise des Sozial- und Wohlfahrtsstaates zunehmend frustriert werden. Das hieraus entstehende Frustrationspotential kann demnach eine tief greifende Infragestellung des politischen Herrschaftssystems zur Folge haben (vgl. hierzu auch Westle 1989: 40ff.). Einen Indikator für das Frustrationspotential innerhalb der Bevölkerung bildet die allgemeine Zufriedenheit mit den Politikmaßnahmen der Regierung, da diese Aufschluss gibt über die Erfüllung der Erwartungen der Bürger gegenüber Staat und Regierung.

Die folgende Analyse basiert auf offiziellen Umfragen des Kabinettsamtes, in denen ermittelt wurde, inwieweit die Politikmaßnahmen des Staates (*kuni no seisaku*) die Erwartungen bzw. den Willen der Bürger spiegeln. Hierbei zeigt sich über den Zeitverlauf eine deutliche Abnahme der Zahl derjenigen, welche bei Befragungen angaben, die Politik des Staates sei der Ausdruck des Volkswillens. Sie sank insbesondere seit Anfang der 1990er Jahre erheblich ab und lag im Jahr 2003 bei lediglich 21%. Gleichzeitig stieg die Zahl der Befragten, die eine gegenteilige Ansicht vertraten, im selben Zeitraum stark an und lag 2003 bei etwa 73,3% (Schaubild 1). Hieraus lässt sich eine erheblich gewachsene Unzufriedenheit mit den Politikmaßnahmen der Regierung ablesen, die auf ein hohes Frustrationspotential innerhalb der Bevölkerung schließen lassen.

Zwar stieg die Zustimmung in den Jahren 2002 und 2003 im Vergleich zum Jahr 2000 leicht an, doch dürfte

Schaubild 1: Bewertung der Politikmaßnahmen des Staates durch die Bevölkerung 1982-2003



Quelle: Naikakufu daijin kanbō kōhōshitsu (2004).

Anm.: Die Antwortkategorien „ziemlich“ und „etwas“ bzw. „weniger“ und „gar nicht“ wurden jeweils zusammengefasst. Die Angaben der Jahre 1999 und 2001 fehlen in der Statistik des Kabinettsamtes.

dies ursächlich auf Kurzzeitfaktoren wie die Zustimmung zur Nordkorea-Politik der Regierung<sup>2</sup> zurückzuführen sein. Langfristig ist jedoch ein deutliches Auseinanderklaffen der Schere feststellbar.

Im internationalen Vergleich ist die Unzufriedenheit der Bürger mit den Politikmaßnahmen der Regierung sehr hoch. In Deutschland beispielsweise lag die Zustimmung zur Politik der Bundesregierung gemäß den Umfragen von Infratest Dimap zwischen September und Dezember 2000 zwischen 52% und 57%, die Unzufriedenheit lediglich zwischen 40% und 46%.

## 4 Wahlbeteiligung und Parteienidentifikation

Die Quote der Wahlbeteiligung resultiert in Japan wie in allen demokratischen Gesellschaften aus dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren. In der Interpretation des Wahlverhaltens sollte daher unterschieden werden zwischen Langzeittrends, die hervorgerufen werden durch wesentliche strukturelle Determinanten, und Kurzzeitfluktuationen, die ausgelöst werden durch politisch-konjunkturelle Begleiterscheinungen einer bestimmten Wahl.

Für den Zeitraum von 1946 bis 1996 können zwei Pha-

sen unterschieden werden: Die Phase zwischen 1946 und 1958, in der die Wahlbeteiligung stetig anstieg, und die Phase danach, in der sie kontinuierlich abnahm. Die Schwankungen über den Zeitverlauf können ursächlich auf Kurzzeitfluktuationen zurückgeführt werden. So dürfte der Anstieg der Wahlbeteiligung in den Jahren 1980 und 1986 auf die Durchführung von Doppelwahlen, d.h. gleichzeitigen Wahlen zum Unter- und Oberhaus, zurückzuführen sein, bei der Wahl 1990 hingegen auf gesellschaftliche Polarisierungen. So erschütterte der Recruit-Cosmos-Bestechungsskandal (vgl. Kap. 6) am Ende der 1980er Jahre Japan und führte zum Rücktritt zahlreicher Politiker, insbesondere der langjährigen konservativen Regierungspartei LDP (Liberal-Demokratische Partei, LDP, Jiyū minshu tō).<sup>3</sup> Darüber hinaus führte die Einführung einer dreiprozentigen Konsumsteuer zu breiten Protesten in der Bevölkerung. Die damals stärkste Oppositionspartei SPJ (heute SDPJ, Sozialdemokratische Partei Japans, Nihon shakai minshu tō)<sup>4</sup> griff diese Themen im Wahlkampf erfolgreich auf, mobilisierte dank ihrer populären Parteichefin Doi Takako (\*1928) viele weibliche Wähler und errang mit 26,6% der Mandate ihr bestes Ergebnis seit 1967.

Bei den Unterhauswahlen im Jahr 1996 erreichte die Quote in den Einerwahlkreisen mit 59,7% einen historischen Tiefstand; bei den folgenden Unterhauswahlen im

<sup>2</sup>So fand die medienwirksam inszenierte Rückkehr einiger von Nordkorea entführter Japaner im Zuge des Nordkorea-Besuchs Premier Koizumis im Herbst 2002 breite Zustimmung und Sympathie in der Bevölkerung und beherrschte fast zwei Jahre lang die allabendliche Nachrichtensendung des staatlichen Fernsehsenders NHK.

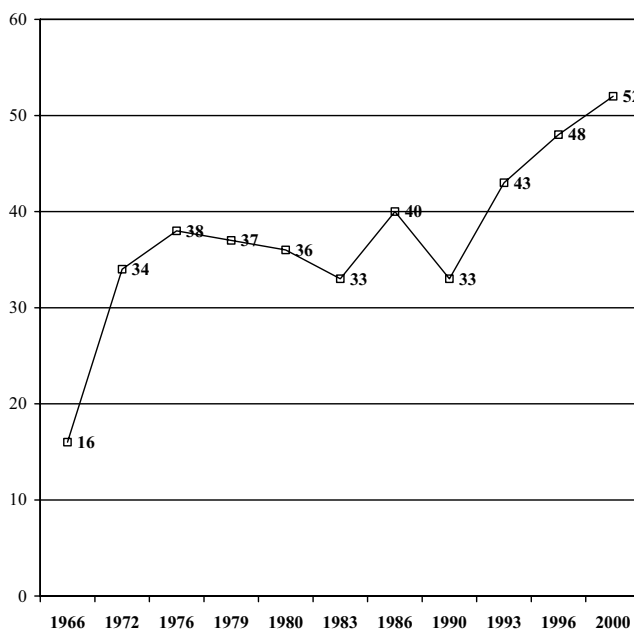
<sup>3</sup>Die LDP war von ihrer Gründung im Jahr 1955 bis zu den Umstrukturierungen im Parteiensystem 1993 ununterbrochen die alleinige Regierungspartei. Nach einem kurzfristigen Machtverlust von 1993 bis 1996 stellt sie in wechselnden Koalitionen erneut den Ministerpräsidenten.

<sup>4</sup>1986 ersetzte die Partei ihr marxistisch geprägtes Programm durch eine sozialdemokratische Programmatik und benannte sich in ihren englischsprachigen Veröffentlichungen um in Social Democratic Party of Japan; 1996 vollzog sie diesen Schritt auch in der japanischen Sprache.

Jahr 2000 lag sie mit 62,5% etwas höher, im Jahr 2003 sank sie erneut auf unter 60% ab (Akarui senkyō suishin kyōkai 2001: 19; Yomiuri Online 2004: 2).<sup>5</sup>

Neben der Zahl der Nichtwähler wuchs auch die Gruppe derjenigen Personen, die bei Befragungen angaben, keine Partei zu unterstützen. Wie aus Schaubild 2 hervorgeht, stieg ihre Zahl zu Anfang der 1970er Jahre erheblich an und blieb bis Mitte der 1980er Jahre relativ konstant. Über die 1990er Jahre zeigt die Quote erneut einen starken Anstieg und liegt nunmehr bei über 50%.<sup>6</sup> Hieran ist eine gewachsene Skepsis der Bevölkerung gegenüber den Parteien als unmittelbaren Trägern der politischen Herrschaft abzulesen.

**Schaubild 2: Prozentualer Anteil der Nichtunterstützer politischer Parteien unter den Wahlberechtigten 1966-2000**



Quelle: Schmidt 2001: 194.

Im japanischen Parteiensystem der 1950er und 1960er Jahre basierten die Wählerbindungen im Wesentlichen auf zwei Konfliktlinien: einer ökonomischen zwischen Kapital und Arbeit und einer kulturellen zwischen dem jüngeren, besser gebildeten, städtischen Bevölkerungsteil und dem älteren, schlechter gebildeten, ländlichen Bevölkerungsegment. Die konservative Regierungspartei LDP organisierte die Interessen der alten Mittelschicht und der ländlichen, schlechter gebildeten und nicht gewerkschaftlich organisierten Kriegs- und Vorkriegsgeneration. Als Gegenpol entwickelten sich die linken Parteien SPJ und KPJ (Kommunistische Partei Ja-

pans, Nihon kyōsan tō) als Vertretung der organisierten Arbeiterschaft und der städtischen, besser gebildeten Nachkriegsgeneration (Flanagan/Reed 1996: 338-339; Schmidt 2001: Kap. 4.2).

Für die Abnahme der Parteibindungen und die sinkende Wahlbeteiligungsrate sind insbesondere zwei Prozesse verantwortlich, die in den 1960er Jahren einsetzten: Bedingt durch den sozialen Wandel nahm zum einen die Stammwählerschicht der LDP, die Gruppe der Bauern und kleinen Selbständigen, immer weiter ab; gleichzeitig bewirkte der starke Rückgang der gewerkschaftlich Organisierten eine Reduktion der Gruppe der Stammwähler der linken Parteien. Zum anderen zeigte sich eine starke Abnahme der Bindungen an die Linksparteien. *Dealignment*-Trends in Form einer Ablehnung der Parteienunterstützung können seit den späten 1960er und 1970er Jahren vorwiegend unter denjenigen Gruppen und Schichten festgestellt werden, die in den 1950er und 1960er Jahren progressiv gewählt hatten. So setzt sich die wachsende Nichtunterstützerschicht in den 1980er und 1990er Jahren überwiegend aus den jüngeren, besser gebildeten, abhängig Beschäftigten in den Großstädten zusammen, also aus jenen Wahlberechtigten, aus denen die Linksparteien zuvor ihre Wählerschaft rekrutierten. Dies führte zu einer entscheidenden Schwächung der politischen Linken und schließlich zur Bedeutungslosigkeit der SDP.

Die LDP hingegen ist von *dealignment*-Prozessen dieser Art nicht betroffen, da bei reduzierten Gruppengrößen die Allianzen zwischen der Partei und ihren traditionellen Wählergruppen nach wie vor intakt sind und sie auch in den 90er Jahren ihren stärksten Rückhalt in der alten Mittelschicht, der Landbevölkerung und dem älteren, weniger gebildeten Bevölkerungsegment fand (Schmidt 2001: Kap. 5.1, 2003).

Der mit der Abnahme der Kernwählerschichten einhergehende *dealignment*-Trend begünstigte in den 1990er Jahren die Instabilität des Parteiensystems. Die durch die Verhaftung des Vorsitzenden der größten LDP-Fraktion<sup>7</sup> im Zuge des Sagawa-Kyūbin-Skandals (vgl. Abschnitt 6) ausgelösten innerparteilichen Machtkämpfe, denen weder interessenbezogene noch programmatische Differenzen zugrunde lagen, führten 1993 zur Abspaltung verschiedener Gruppen und zu einem kurzfristigen Machtverlust der Partei. Als Folge der Spaltung gründeten sich mehrere neue Parteien, die durchweg auf die Gruppe der ungebundenen Wähler als Unterstützer zielten. Ihr Unvermögen, diese an sich zu binden, resultierte mittelfristig jedoch lediglich in einer Fragmentierung und anhaltenden Umstrukturierung des Oppositionslagers. Hierbei waren insbesondere drei Prozesse der

<sup>5</sup>Seit den Unterhauswahlen von 1996 gilt ein duales Wahlsystem mit Einerwahlkreisen und Verhältniswahlkreisen, weshalb die Wahlbeteiligungsrate in den offiziellen Statistiken seither getrennt ausgewiesen wird. Im Jahr 1996 lag die Quote in den Verhältniswahlkreisen bei 59,6%, 2000 bei 62,5% und 2003 bei 59,8%. Quelle: *Nihon tōkei nenkan* 2003: 760 und *Yomiuri* online 2004: 2.

<sup>6</sup>Neuere Umfragen der Gesellschaft zur Förderung transparenter Wahlen (ASSK, Akarui senkyō suishin kyōkai) liegen derzeit noch nicht vor, doch deuten andere Befragungen eher auf einen weiteren Anstieg der Nichtunterstützerschicht hin. So lag der Anteil derjenigen, die keine Partei unterstützen gemäß den Umfragen der Nachrichtenagentur Jiji Press im Zeitraum 1998-2003 zwischen 54,9% und 65%, vgl. Tab. 2.

<sup>7</sup>Die Partei ist seit ihrer Gründung in rivalisierende Faktionen gespalten, die in den Parteistatuten nicht vorgesehen sind. Die Faktionalisierung erfolgt nicht aufgrund einer ideologisch-programmatischen Orientierung, sondern beruht primär auf traditionellen, hierarchischen Kleingruppenbeziehungen, vgl. Schmidt 2001: 251.

**Tabelle 2: Unterstützerraten politischer Parteien 1998-2003 (in %)**

| Jahr/<br>Monat | 1998 |      | 1999 |      | 2000 |      | 2001 |      | 2002 |      | 2003 |      |
|----------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
|                | 1    | 6    | 1    | 6    | 1    | 6    | 1    | 6    | 1    | 6    | 1    | 6    |
| LDP            | 23,1 | 22,2 | 20,7 | 21,6 | 22,3 | 23,6 | 23,1 | 28,3 | 26,5 | 20,6 | 20,9 | 21,9 |
| DPJ            | –    | –    | 4,9  | 3,4  | 5,1  | 5,2  | 6,8  | 3,9  | 4,3  | 4,5  | 3,5  | 4,2  |
| Kōmeitō        | –    | –    | 2,8  | 3,4  | 4,3  | 4,9  | 3,8  | 3,8  | 3,7  | 3,2  | 3,4  | 3,2  |
| KPJ            | 4,0  | 2,2  | 3,0  | 2,9  | 2,9  | 2,6  | 2,8  | 1,2  | 1,1  | 1,1  | 1,1  | 0,8  |
| LP             | –    | –    | 1,9  | 0,9  | 1,1  | 1,4  | 1,5  | 2,5  | 2,4  | 2,9  | 1,7  | 2,0  |
| SDPJ           | 2,9  | 2,8  | 2,5  | 2,4  | 2,5  | 2,2  | 2,1  | 2,5  | 2,6  | 2,0  | 1,4  | 1,6  |
| keine          | 59,5 | 59,2 | 60,3 | 61,2 | 58,0 | 55,8 | 57,0 | 54,9 | 57,2 | 63,0 | 65,0 | 63,1 |

Quelle: Jiji Press nach: *Seikai kanchō jinji roku* 2003: 22-23.

Formierung von Bedeutung: (1) Die Auflösung der bestehenden Oppositionsparteien und die Gründung der Shinshintō (Neue Fortschrittspartei) 1994, (2) die Spaltung der SDP (früher SPJ) 1996 und (3) die Auflösung der Shinshintō und die Neuformierung des Parteiensystems 1997/98 mit der DPJ (Demokratische Partei Japans, Nihon minshu tō) als stärkster Oppositionspartei<sup>8</sup>. Da es der Partei, deren Mitglieder sich überwiegend aus dem Personal der etablierten Parteien zusammensetzen, an programmatischen Alternativen zur LDP mangelt<sup>9</sup>, ist es ihr bislang nicht gelungen, ein dauerhaftes *alignment* der organisatorisch ungebundenen Wähler herbeizuführen. Der Zugewinn der Partei bei der Unterhauswahl 2003 um 50 Mandate ging ursächlich auf Kosten der übrigen Oppositionsparteien, die 46 Sitze verloren<sup>10</sup>, weshalb allenfalls eine Verschiebung innerhalb des oppositionellen Lagers, insbesondere einhergehend mit einem weiteren Bedeutungsverlust der SDPJ, zu konstatieren ist. Wie die erneut gesunkene Wahlbeteiligung verdeutlicht, konnte die DPJ jedoch keine Mobilisierung der Politikverdrossenen bewirken.

Das Unvermögen der DPJ, dieses Potential zu mobilisieren und dauerhaft zu organisieren, manifestiert sich auch in einer äußerst schwachen affektiven Bindung an die Partei. Bei monatlichen Umfragen lag die Unterstützerrate zwischen 1998/99 und 2003 lediglich zwischen 3,5% und 6,8%, für die inzwischen in der DPJ aufgegangene Liberale Partei (LP, Jiyūtō) zwischen 0,9% und 2,9%. Allerdings lagen auch die diesbezüglichen Werte für die „alten“ Oppositionsparteien KPJ und SDPJ lediglich zwischen 0,8% und 4% bzw. 1,4% und 2,9% sowie

für die an der Regierung beteiligte Neue Kōmeitō zwischen 2,8% und 4,9%. Einzig die LDP verzeichnet substanzielle Unterstützerraten zwischen 20,9% und 28,3% (vgl. Tab. 2).<sup>11</sup>

## 5 Die Akzeptanz des politisch-administrativen Systems und der Träger politisch relevanter Rollen

Die folgende Untersuchung der Akzeptanz des politisch-administrativen Systems und der Träger politisch relevanter Rollen stützt sich auf Umfragedaten, die von japanischen Tageszeitungen, dem staatlichen Fernsehsender NHK und verschiedenen Organisationen erhoben und von der Japan Public Opinion Location Library (JPOLL), Roper Center for Public Opinion Research (University of Connecticut), zur Verfügung gestellt werden<sup>12</sup>, wobei sich die Untersuchung auf die diffusen bzw. diffus-spezifischen Formen der Unterstützung beschränkt, die über mittel- und längerfristige Tendenzen der Legitimitätsüberzeugung innerhalb der Bevölkerung Aufschluss geben.

Schaubild 3 gibt einen Überblick über das Maß an Vertrauen<sup>13</sup>, das den Institutionen und Rollen des politisch-administrativen Systems entgegengebracht wird. Am geringsten war es zu jenen des politischen Sektors, die 1997 bzw. 1998 von 300 möglichen Punkten<sup>14</sup> lediglich 92 (Parlament) und 114 (Regierung) erreichten. Das

<sup>8</sup>Zu den jüngsten Entwicklungen im Parteiensystem vgl. Schmidt 2003: 66-69.

<sup>9</sup>So versteht sich die DPJ gemäß ihrem Grundsatzprogramm als Partei für „... those who have been excluded by the structure of vested interests, those who work hard and pay taxes, and for the people who strive for independence despite difficult circumstances. In other words, we represent citizens, taxpayers and consumers.“ Vgl. Democratic Party of Japan 2001.

<sup>10</sup>Inkl. 22 Mandate der LP, die kurz vor den Wahlen in der DPJ aufgingen.

<sup>11</sup>Umfragen am Tag der Unterhauswahl ergeben durchweg eine etwas höhere Parteienidentifikation. So lag die Unterstützerrate für die LDP am Tag der Wahl im Jahr 2000 bei 32,2%, für die DPJ bei 13,3%, für die Kōmeitō bei 3,8%, für die SDP bei 4% und für die KPJ bei 3,4%, vgl. *Akarui senkyō swishin kyōkai* 2001: 41.

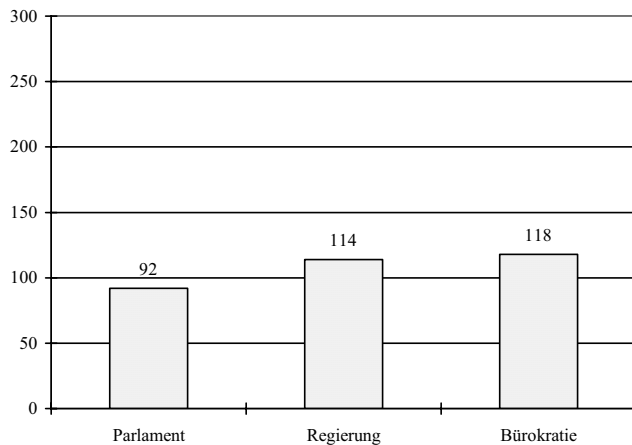
<sup>12</sup>Die Samplezahl lag bei durchschnittlich etwa 3.000 Befragten, wobei i.d.R. persönliche Interviews durchgeführt werden. Weder die Organisationen, welche die Umfragen durchführten, noch das Roper Center tragen Verantwortung für die hier präsentierten Analysen und Interpretationen.

<sup>13</sup>„Vertrauen“ wurde hierbei in Anlehnung an Westle (1989: 187-188) als Ausdrucksform bzw. als Folge oder Determinante des Legitimitätsglaubens interpretiert. Berücksichtigt wurden die Fragen „Wie viel Vertrauen haben Sie gegenüber...“ und „Für wie vertrauenswürdig halten Sie ...“.

<sup>14</sup>Den Antwortkategorien „sehr“, „etwas“, „weniger“ und „kein“ wurden hierbei die Werte 3, 2, 1 und 0 zugeordnet, wobei die jeweiligen Prozentzahlen für die einzelnen Antwortkategorien mit diesen Werten multipliziert wurden. Bei einem Prozentsatz von 100% in der Antwortkategorie „sehr“ läge der Wert somit bei 300 Punkten, bei einer Quote von 100% in der Kategorie „kein“ bei 0 Punkten.

Vertrauen der Bürger gegenüber der japanischen Bürokratie lag mit einem Wert von 118 Punkten nur geringfügig darüber. Diese Werte entsprachen für das Parlament und die Bürokratie annähernd den 1991 bzw. 1996 ermittelten.<sup>15</sup>

### Schaubild 3: Die Akzeptanz von Institutionen des politisch-administrativen Systems in der Bevölkerung 1997/1998



Quelle: Parlament: NHK 12.11.1998 (JPOLL); Regierung und Ministerien: NHK 31.10.1997 (JPOLL).

Anm.: Zur Berechnungsgrundlage der Werte vgl. Anmerkung 16.

Diese allgemeine Einschätzung der Institutionen spiegelt sich in der Einschätzung der politischen Rollen wider, wobei insbesondere die der Politiker kritisch beurteilt wurde. So ergab eine Umfrage vom Mai 1998, dass 67% der Befragten „nicht viel“ oder „gar kein Vertrauen“ in die japanischen Politiker hatten (*Asahi Shinbun*, 17.5.1998; JPOLL). Auf die Frage, ob diese über die letzten 50 Jahre vertrauenswürdiger geworden seien, antworteten im Jahr 1994 nur 11% mit „ja“; 44% waren der Ansicht, sie seien „weniger vertrauenswürdig“ geworden, und 28% vertraten die Meinung, sie seien „heute genauso wenig vertrauenswürdig wie damals“ (*Yomiuri Shinbun*, 22.10.1994; JPOLL). Der Aussage „Zu wenige Politiker kümmern sich ernsthaft um die Belange der Bürger und die Zukunft Japans“ stimmten im Jahr 1990 64% der Befragten zu; im Jahr 1993 war dieser Prozentsatz auf 73% angestiegen und lag im Jahr 1998 bei 81% (NHK, 10.2.1990, 3.7.1993, 3.7.1998; JPOLL).

Neben dem Vertrauensdefizit in die Politiker wurde auch Skepsis hinsichtlich der bestehenden politischen Ordnung deutlich. So waren im Jahr 1995 lediglich 29% der Ansicht, die japanische Demokratie „funktioniere gut“, während 61% das Funktionieren in Frage stellten, von denen 37% die Politiker dafür verantwortlich machten. In der Häufigkeit der Nennungen folgten die japanische Ministerialbürokratie mit 16% und die Interessengruppen mit 12% (*Nikkei Shinbun*, 15.12.1995; JPOLL). Gefragt, ob eine Veränderung des bestehenden gesellschaftlichen und politischen Systems wünschenswert sei, antworteten 65% mit „ja“, und lediglich 7% wa-

ren der Ansicht, „eine Veränderung ist unnötig“ (NHK, 25.6.1994; JPOLL).

Auf besondere Missbilligung innerhalb der Bevölkerung stieß die Verflechtung von Politik, Bürokratie und Wirtschaft. So stimmten beispielsweise in einer Umfrage von NHK im Juni 1994 78% der Befragten der Aussage zu, Politiker verließen sich im politischen Entscheidungsprozeß zu sehr auf die Bürokratie. Dieselbe Befragung erbrachte im folgenden Jahr ein ähnliches Ergebnis; nun stimmten 73% der Aussage zu und nur 10% nicht zu (NHK, 25.6.1994 und 24.6.1995; JPOLL). Auf die Frage nach der Akzeptanz des Überwechsels von ehemaligen Ministerialbürokraten in die Privatwirtschaft (*amakudari*) antworteten 53% der Befragten, dies sei inakzeptabel aufgrund der hieraus entstehenden engen Verflechtungen von Wirtschaft und Bürokratie. Lediglich 5% der Befragten hielten diese Praxis für akzeptabel und 35% waren der Ansicht, sie müsse als unvermeidlich hingenommen werden (*Yomiuri Shinbun*, 21.5.1994; JPOLL).

Hinsichtlich der Kritik an der japanischen Bürokratie rangierte auf einer Liste mit Auswahlmöglichkeiten die Aussage „Ihre Beziehungen zu Politik und Wirtschaft sind zu eng“ mit 38% an erster Stelle (Mehrfachnennungen waren möglich). Gefragt nach den positiven Aspekten, wurde auf einer Liste mit Eigenschaften, die neben verschiedenen positiven Attributen auch die Kategorie „keine positiven Eigenschaften“ enthielt, letztere Möglichkeit am häufigsten (27%) ausgewählt (*Yomiuri Shinbun*, 21.5.1994; JPOLL). Zudem zeigt sich vor dem Hintergrund zahlreicher Bestechungsskandale, in die hochrangige Beamte verwickelt waren, ein deutlicher Vertrauensverlust innerhalb der Bevölkerung. So hatten 1996 noch 32% „viel Vertrauen“ oder „ein wenig Vertrauen“ in die Ministerialbeamten; im Jahr 1998 war dieser Anteil auf 16% abgesunken (*Asahi Shinbun*, 8.12.1996 und 13.12.1998; JPOLL). Auf die Frage, ob Parlamentsmitglieder, die versuchten, Einfluss auf die Kanalisierung öffentlicher Mittel zu nehmen, um sie einem bestimmten Bereich der Wirtschaft zukommen zu lassen, ein Problem darstellten, antworteten 48% der Befragten mit „ja“; 30% schätzten ihre Rolle als „etwas problematisch“ ein und lediglich für 13% stellten diese Politiker „kaum ein Problem“ oder „gar kein Problem“ dar (*Yomiuri Shinbun*, 25.10.1997; JPOLL).

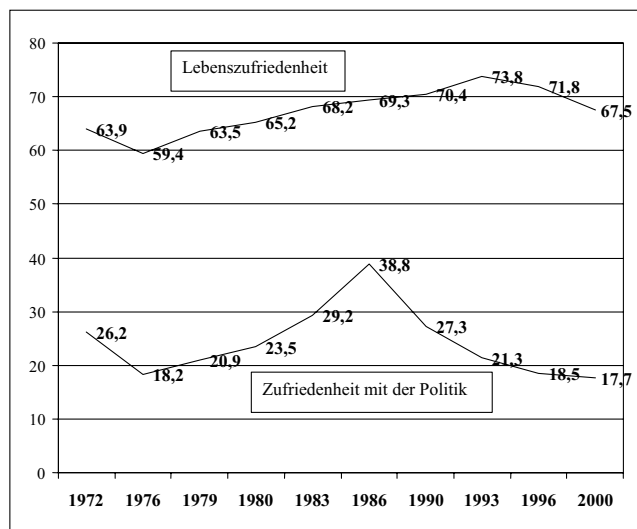
Man kann somit festhalten, dass die Akzeptanz der Führungsschicht – und insbesondere der Politiker – in der Bevölkerung gering ist. Auch die Verflechtung von Politik, Bürokratie und Wirtschaft stieß bei Befragungen durchweg auf scharfe Kritik. Neben den Legitimationsdefiziten der politisch-administrativen Elite wurde zudem eine Infragestellung des Funktionierens des demokratischen Herrschaftssystems deutlich. Insgesamt ist die Legitimationsüberzeugung der Bevölkerung sowohl hinsichtlich der politisch-administrativen Rollen als auch der Institutionen, in denen sie verankert sind, als eher schwach anzusehen.

<sup>15</sup>Parlament 1991: 108 Punkte. Quelle: NHK 5.11.1991 (JPOLL); Bürokratie: 1996: 116 Punkte, Quelle: *Asahi Shinbun*, 8.12.1996 (JPOLL).

## 6 Subjektive Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit der Politik

Die subjektive Lebenszufriedenheit und die Zufriedenheit mit der Politik weisen keine Korrelation auf. Gemäß den regelmäßig am Tag von Unterhauswahlen durchgeführten Umfragen der ASSK waren im Jahr 2000 67,5% der japanischen Bevölkerung mit ihren aktuellen Lebensverhältnissen (*genzai no seikatsu*) im Allgemeinen zufrieden. Im langfristigen Durchschnitt sind diese Werte relativ stabil und schwanken lediglich zwischen etwa 60% und 74%. Der Prozentsatz der mit der gegenwärtigen Politik (*genzai no seiji*) Zufriedenen hingegen lag im selben Jahr bei lediglich 17,7%, wobei ihre Zahl insbesondere seit Mitte der 1980er Jahre kontinuierlich abnahm (Schaubild 4). Die erheblich niedrigere Zufriedenheit mit der Politik bestätigt Forschungsergebnisse aus westlichen Industriestaaten, denen zufolge Belange und Bereiche des öffentlichen Lebens stets skeptischer beurteilt werden als jene auf der subjektiven Ebene des Privatlebens (Kaase 1992: 229).

**Schaubild 4: Subjektive Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit der Politik 1972-2000**



Quelle: Akarui senkyō suishin kyōkai 2001: 51.

Anm.: Die Prozentzahlen repräsentieren die Quoten in den Antwortkategorien „sehr zufrieden“ und „überwiegend zufrieden“.

Hierbei kann eine Korrelation zwischen der Lebenszufriedenheit und der generellen wirtschaftlichen Entwicklung festgestellt werden. Nach der „ersten Ölkrise“ von 1973/74 und einer hohen Inflation 1974 sanken die bereits zuvor rückläufigen wirtschaftlichen Wach-

tumsraten Japans, und die Phase des raschen Wirtschaftswachstums (*kōdo keizai seichō ki*) mit zweistelligen Wachstumsraten endete, was sich in einem Absinken der Quote der Lebenszufriedenheit auf unter 60% im Jahr 1976 bemerkbar machte. Die Auswirkungen des „zweiten Ölschocks“ 1979/80 konnte die japanische Wirtschaft aufgrund der Erfahrungen und Lehren aus der „ersten Ölkrise“ relativ gut überstehen. Es gelang der japanischen Wirtschaftspolitik, den Anstieg der offiziellen Arbeitslosenrate mit zwei bis drei Prozent auf einem niedrigen Niveau zu halten, die Arbeitsproduktivität erheblich zu steigern, die Energiepolitik erfolgreich umzustellen sowie die Inflationsrate zu senken. Im internationalen Vergleich konnte Japan die Krise daher besser meistern als die meisten westlichen Staaten. In den Jahren der „zweiten Ölkrise“ wurden bis 1990 Wachstumsraten von etwa 4% zur Regel. Die Folge war ein Anstieg der Lebenszufriedenheit, deren Quote über die 1980er Jahre recht stabil blieb und zur Zeit der „Seifenblasenwirtschaft“ (*baburu keizai*) von Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre bei Umfragen 1993 mit knapp 74% ihren Höchststand erreichte.<sup>16</sup> Die Bankenkrise der 1990er Jahre führte zum Zusammenbruch mehrerer führender Kreditanstalten. Die Folgen waren Firmenbankrotte, eine deutliche Abschwächung der Wirtschaft, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und ein Anstieg der Neuverschuldung des Staates aufgrund der notwendig gewordenen Konjunkturprogramme der Regierung. Im Jahr 1998 verzeichnete die japanische Wirtschaft sogar ein Minuswachstum von -1,1%. Damit einher ging nach dem „Platzen“ der Seifenblasenwirtschaft seit Mitte der 1990er Jahre eine erneute Absenkung der Quote der Lebenszufriedenheit auf annähernd 68% im Jahr 2000. Die Lebenszufriedenheit ist somit offensichtlich unmittelbarer Ausdruck der mit der Konjunktur der japanischen Wirtschaft einhergehenden materiellen Lebenssituation der Bürger.

Die Quote der Politikzufriedenheit hingegen weist einen deutlichen Zusammenhang mit den politischen Skandalen auf. Zum Zeitpunkt des Lockheed-Skandals 1976, in den der ehemalige Regierungschef Tanaka (1918-1993; Premier von Juli 1972 bis Dez. 1974) verwickelt war<sup>17</sup>, erreichte die Quote der mit der Politik Zufriedenen einen ersten Tiefpunkt. Während der relativ „skandalfreien“ Zeit der Nakasone-Regierung (1982-87) stieg die Zufriedenheit wieder deutlich an und lag im Jahr 1986 bei knapp 40%. Mit der Häufung der Bestechungsskandale gegen Ende der 1980er Jahre<sup>18</sup> ging erneut eine dramatische Abnahme der Politikzufriedenheit einher, die in Politik und Gesellschaft zu einem erheblichen Reformdruck führte. In den Jahren 1993-94 wurden von der damaligen Regierung Hosokawa (August 1993-April 1994), einer Mehrparteienkoalition ohne Beteiligung von

<sup>16</sup>Die Regierung Nakasone (1982-87) hatte weitreichende Konjunkturmaßnahmen wie die Privatisierung der Staatsbetriebe ergriffen, und strebte danach, mit Nachtragshaushalten und Investitionen die Binnennachfrage zu steigern. Diese Politik verursachte ein Spekulationsfieber am Grundstücks- und Aktienmarkt und führte damit die „Seifenblasenwirtschaft“ herbei.

<sup>17</sup>Tanaka, der während seiner Amtszeit vom US-Flugzeughersteller Lockheed Bestechungsgelder erhalten hatte, wurde im Juli 1976 verhaftet und anschließend zu vier Jahren Haft verurteilt.

<sup>18</sup>Es handelte sich hierbei vor allem um den Recruit-Cosmos-Skandal von 1988, der zum Rücktritt diverser Politiker und Führungskräfte der Wirtschaft führte, sowie den Sagawa-Kyūbin-Skandal von 1992, in dessen Folge mehrere Politiker zu Haftstrafen verurteilt wurden.

LDP und KPJ, tief greifende politische Reformen durchgeführt. Das am 18. November 1993 vom Unterhaus verabschiedete Reformpaket umfasste neben der Reform des Wahlgesetzes eine Revision des Gesetzes zur Regulierung politischer Geldzuwendungen sowie ein Gesetz zur öffentlichen Parteienfinanzierung. Angesichts der starken Mängel der Gesetze darf deren Effektivität jedoch bezweifelt werden, da wesentliche Reformziele wie die Bekämpfung politischer Korruption nicht erreicht wurden (Köllner 1998a, 1998b); die weiterhin sinkende Zufriedenheitsquote erhärtet diese Annahme.

Im Zeitraum zwischen 2001 und 2002 wurden erneut zahlreiche Verdachtsfälle hinsichtlich des Missbrauchs öffentlicher Gelder sowie etliche Bestechungs- und Korruptionsskandale publik, die zum Rücktritt mehrerer Parlamentsabgeordneter führten, u.a. des Präsidenten des japanischen Oberhauses<sup>19</sup> (Lu 2003: 130; Asahi gendai yōgo chiezō 2003: 365, 374). Im Frühjahr 2004 führte ein Skandal um jahrelang unterbliebene Rentenbeitragszahlungen diverser Politiker aller Parteien zu den Rücktritten des Regierungssprechers Yasuo Fukuda (LDP) sowie des DPJ-Vorsitzenden Naoto Kan und seines designierten Nachfolgers Ichirō Ozawa.

Die Unzufriedenheit mit der Politik kann somit als Resultat der politischen Skandale sowie der fehlgeschlagenen Reformen und damit als unmittelbarer Vertrauensverlust in Politiker und politische Parteien aufgefasst werden. Wie die Analysen der Gesellschaft zur Förderung transparenter Wahlen verdeutlichen, ist hierbei die Unzufriedenheit unter der Stadtbevölkerung, den abhängig Beschäftigten, insbesondere den Professionals<sup>20</sup> und Angestellten, und dem jüngeren, besser gebildeten Segment der Bevölkerung am größten, also unter denjenigen Gruppen und Schichten, aus denen sich die Nichtunterstützerschicht zusammensetzt, während das Wählerpotential der LDP, die Landbevölkerung, die in Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Beschäftigten, die Älteren und schlechter Gebildeten eine deutlich höhere Zufriedenheit mit der Politik bekundeten (Tab. 3).

**Tabelle 3: Sozialstrukturelle Merkmale der mit der Politik zufriedenen Bürger Japans 1996 und 2000 (in %)**

| Jahr          | 1996        | 2000                          |
|---------------|-------------|-------------------------------|
| <b>Gesamt</b> | <b>18,5</b> | <b>18,8</b><br><b>(17,7)*</b> |
| <b>Alter</b>  |             |                               |
| 20-24         | 18          | 16,3                          |
| 25-29         | % 13        | 11,5                          |
| 30-39         | 10          | 12,6                          |
| 40-49         | 13          | 10,9                          |
| 50-59         | 17          | 16,2                          |
| 60-69         | 22          | 23,4                          |

| Jahr  | 1996 | 2000 |
|---|------|------|
| <b>Alter</b>  |      |      |
| 70+   | 36   | –    |
| 70-79   | –    | 35,5 |
| 80+   | –    | 37,9 |
| <b>Bildung</b>  |      |      |
| Mittelschule  | 25   | 33,8 |
| Oberschule  | 18   | 18,4 |
| Universität oder College  | 15   | –    |
| College   | –    | 11,7 |
| Universität inkl. Graduiertenkolleg                                   | –    | 11,1 |
| <b>Beruf</b>  |      |      |
| Leitende Angestellte  | 18   | 16,1 |
| Professionals / Angestellte   | 13   | 11,1 |
| Beschäftigte im Transportwesen, Kommunikations- und Produktionssektor | 15   | 20,4 |
| Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe                                | 15   | 14,3 |
| Selbständige (Industrie, Handel, Dienstleistung)                      | 18   | 18,5 |
| Beschäftigte in Landwirtschaft, Forsten, Fischerei                    | 32   | 28,1 |
| Hausfrauen  | 19   | 20,2 |
| Studenten   | –    | 3,3  |
| ohne Berufsausübung   | 27   | 27,8 |
| <b>Wohnort</b>  |      |      |
| 13 größte Städte  | 16   | –    |
| Tōkyō   | –    | 12,9 |
| 12 größte Städte  | –    | 14,4 |
| Städte über 100.000 Einwohner   | 16   | 18,5 |
| Städte unter 100.000 Einwohner  | 18   | 16,8 |
| Gemeinden und Dörfer  | 26   | 25,2 |

Quelle: Akarui senkyō suishin kyōkai 1997:36 und 2001:52.

Anm.: \* Im Falle der Umfrage des Jahres 2000 erfolgte die Berechnung unter Ausschluss derjenigen Personen, die sich in die Kategorie „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ einordneten, weshalb der prozentuale Anteil der Politikzufriedenen in dieser Berechnung etwas über dem realen Wert von 17,7% liegt. Die Kategorie „ohne Berufsausübung“ umfasst vorwiegend ältere Personen, die keinen Beruf (mehr) ausüben, weshalb die Politikzufriedenheit in dieser Befragtengruppe relativ hoch ausfällt, vgl. Akarui senkyō suishin kyōkai 2001: 53.

Diese Befunde legen die Vermutung nahe, dass sich die aus den politischen Skandalen resultierende Politikverdrossenheit vorwiegend auf die potentiell oppositionellen Wähler beschränkt, während die über den

<sup>19</sup>Ein politischer Helfer des Präsidenten war unter Verdacht geraten, für die Vermittlung öffentlicher Aufträge von einer Baufirma Bestechungsgelder in Höhe von 64 Mio. Yen (etwa 550.000 US\$) erhalten zu haben. Der Rücktritt erfolgte im April 2002. Angesichts der zahlreichen Skandale wurde von der japanischen Presse für das im Jahr 2001-2002 amtierende Parlament das Schlagwort vom „Parlament unter Verdacht“ (*giwaku kokkai*) geprägt. Vgl. Asahi gendai yōgo chiezō 2003: 365.

<sup>20</sup>Unter den Begriff Professionals (*senmon gijutsu shoku*) werden in Japan Lehrer, Professoren, Ärzte, Ingenieure etc. gefasst. Da im Deutschen hierfür kein adäquater Terminus existiert, wird der Begriff hier beibehalten.



Zeitverlauf feststellbaren stabilen Bindungen der konservativen Wählerschaft an die LDP durch diese nicht erschüttert worden sind.

## 7 Konklusion: Politische Apathie statt akuter Legitimationskrise

Die Akzeptanz der japanischen Führungsschicht und der Institutionen, in denen sie verortet ist, muss als gering bezeichnet werden. Die Eliten des politischen Bereichs und der Ministerialbürokratie gelten als wenig vertrauenswürdig. Auch das Vertrauen in die Politik und die Zufriedenheit mit Politikmaßnahmen der Regierung kann zum Zeitpunkt der Untersuchung als äußerst schwach bezeichnet werden, was auf ein hohes Frustrationspotential in der Bevölkerung schließen lässt.

Die subjektive Beurteilung der Lebenszufriedenheit hingegen ist im Vergleich hierzu als relativ hoch zu bezeichnen, obgleich die Quote angesichts der Krisensymptome der japanischen Wirtschaft einen leichten Rückgang verzeichnet. Somit bestehen erhebliche Bewertungsunterschiede zwischen der Einschätzung des politisch-administrativen Systems, den politisch relevanten Rollen und der Politik einerseits sowie der allgemeinen Lebenssituation andererseits.

Man kann damit zwar ausgeprägte Legitimationsdefizite des politischen Systems in Japan diagnostizieren, doch bleibt festzuhalten, dass angesichts des vergleichsweise hohen Niveaus der Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen offensichtlich kein Zusammenhang besteht zur materiellen Bewertung. Vielmehr dürften die Ursachen der schwachen Legitimitätsüberzeugung eher in den politischen Skandalen, den fehlgeschlagenen Reformen und vor allem im Versagen der politischen Opposition zu suchen sein. Politikverdrossenheit und mangelnde Unterstützung des politischen Systems und insbesondere der politischen Parteien finden sich vorwiegend unter den potentiellen Unterstützern der politischen Opposition, während die Anhänger der stärksten Regierungspartei LDP eine deutlich höhere Zufriedenheit mit der Politik bekunden. Da die gegenwärtige Opposition die unzufriedenen Wählerschichten nicht zu binden vermag, manifestieren sich die Legitimationsdefizite vorläufig lediglich in politischer Apathie und politischem Desinteresse sowie in einem generellen Misstrauen gegenüber den politischen Akteuren, wie die weiterhin sinkende Wahlbeteiligung verdeutlicht.

Außerparlamentarische Ansätze zur Organisierung der Politikverdrossenen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennbar, weshalb eine Infragestellung der Herrschaftsordnung außergesetzliches Protestverhalten und damit einhergehend der Eintritt in eine akute Phase umfassender Legitimitätsbedrohung des politischen Systems in nächster Zukunft eher unwahrscheinlich erscheinen. Kurz- bis mittelfristig können sich das politische Desinteresse, die Politikverdrossenheit und die mangelnde Unterstützung der Oppositionsparteien durch die hierdurch sich eröffnenden Handlungsspielräume für die politischen Herrschaftsträger sogar entlastend

auswirken, insbesondere deshalb, weil politische Interessengegensätze kaum mehr artikuliert und durch oppositionelle Parteien organisiert werden. Langfristig birgt die mangelnde Legitimitätsüberzeugung und Indifferenz eines wachsenden Teils der Bevölkerung jedoch Faktoren der Instabilität und Unsicherheit für das politische System.

## Literaturverzeichnis

- Almond, Gabriel A. und Bingham G. Powell (1966), *Comparative Politics: A Developmental Approach*, Boston und Toronto: Little&Brown
- Asahi gendai yōgo chiezō 2003 (2002)(Asahi-Verzeichnis aktueller Termini), Tōkyō: Asahi Shinbun sha
- Akarui senkyō suishin kyōkai, Hg. (1997), *Dai yonjūichikai shūgiin sōsenkyō no jittai – chōsa kekka no gaiyō* (Die aktuelle Situation nach der 41. Allgemeinen Wahl zum Unterhaus: Überblick über die Umfrageergebnisse), Tōkyō
- Akarui senkyō suishin kyōkai, Hg. (2001), *Dai yonjūnikai shūgiin sōsenkyō no jittai – chōsa kekka no gaiyō* (Die aktuelle Situation nach der 42. Allgemeinen Wahl zum Unterhaus: Überblick über die Umfrageergebnisse), Tōkyō
- Democratic Party of Japan, Hg. (2001), *Our Basic Philosophy. Building a Free and Secure Society*, [www.dpj.or.jp/english/about\\_us/philosophy1.html](http://www.dpj.or.jp/english/about_us/philosophy1.html), Aufruf am 01.04. 2004
- Easton, David (1965), *A System Analysis of Political Life*, New York: John Wiley
- Flanagan, Scott C. und Steven R. Reed (1996), „Politics in Japan“, in: Almond, Gabriel and G. Bingham Powell Jr. (Hrsg.), *Comparative Politics Today*, New York: Harper Collins, 6. Aufl., S. 327-379
- Habermas, Jürgen (1973), *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Infratest Dimap (2000), „Sind Sie mit der Politik der Bundesregierung zufrieden oder unzufrieden?“, [www.aillyacum.de/Dt/Wahlen-Deutschland/2000/d2.html](http://www.aillyacum.de/Dt/Wahlen-Deutschland/2000/d2.html), Aufruf am 7.12.2004
- Kaase, Max (1992), „Legitimitätsüberzeugungen“, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.), *Lexikon der Politik Bd. 3: Die Westlichen Länder*, München: Beck, S. 224-231
- Köllner, Patrick, „Drei Jahre nach den politischen Reformen – Eine Zwischenbilanz Teil 1: Das Wahlgesetz und seine Auswirkungen“, in: *Japan aktuell* 4/1998, S. 167-177
- Köllner, Patrick, „Drei Jahre nach den politischen Reformen – Eine Zwischenbilanz Teil 2: Die Finanzierung politischer Aktivitäten“, in: *Japan aktuell* 6/1998, S. 272-283
- Lipset, Seymour M. (1962), *Soziologie der Demokratie*, Neuwied und Berlin: Luchterhand (Titel der amerikanischen Originalausgabe: *Political Man. The Social Bases of Politics*, Garden City, N. Y.: Doubleday 1960)

- Lu, Xiaobo (2003), „East Asia“, in: Transparency International (Hrsg.), *Global Corruption Report 2003*, S. 128-139
- Naikakufu daijin kanbô kôhôshitsu, Hg. (2004), *Shakai ishiki ni kansuru seron chôsa* (Meinungsumfrage zum gesellschaftlichen Bewusstsein), [www8.cao.go.jp/survey/h12/h12-ishiki/2-1.html](http://www8.cao.go.jp/survey/h12/h12-ishiki/2-1.html), Aufruf am 18.5.2004
- Nihon tôkei nenkan* (2003) (Statistical Yearbook of Japan), Tôkyô: Somushô tôkei kyoku
- Powell, G. Bingham (1982), *Contemporary Democracies. Participation, Stability, and Violence*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press
- Schmidt, Carmen (2001), *Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft*, Marburg: Tectum
- Schmidt, Carmen (2003), „Social Cleavages, Voter Alignment, and Dealignment in Japan“, in: *Hitotsubashi Journal of Social Studies* 35, S. 63-77
- Seikai kanchô jinji roku* (2003) (Personenverzeichnis für Politik und Verwaltung), Tôkyô: Tôyô keizai shinpô sha
- Westle, Bettina (1989), *Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde*, Baden-Baden: Nomos
- Weber, Max (1976) [1922], *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen: J. C. B. Mohr (P. Siebeck)
- Yomiuri online (2004), *Sôsenkyô 2003* (Die Unterhauswahl 2003), [www.yomiuri.co.jp/election/general2003/news/2html](http://www.yomiuri.co.jp/election/general2003/news/2html), Aufruf am 28.5.2004), S. 1-2

---

\* Dr. phil. Carmen Schmidt studierte politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Heidelberg, war Lehrbeauftragte und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Japanologischen Seminar der Universität Heidelberg und zwischen Oktober 2002 und Oktober 2004 JSPS-Fellow an der Faculty of Social Sciences der Hitotsubashi Universität (Tokyo). Derzeit ist sie stellvertretende Direktorin der Forschungsstelle Japan am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück, wo sie ab dem SS 2005 als Privatdozentin tätig sein wird. Forschungsschwerpunkt: Sozialstruktur und politisches System in Japan, Elitenforschung. E-Mail: CESchmidt01@aol.com

